

**Stadt Bergisch Gladbach**  
**Der Bürgermeister**

Datum  
**08.11.2022**  
Ausschussbetreuender Fachbereich  
**Jugend und Soziales**  
Schriftführung  
Miriam Tomechna  
Telefon-Nr.  
**02202-142865**

## **Niederschrift**

**Jugendhilfeausschuss**  
**8. Sitzung am Donnerstag, 22.09.2022**

Sitzungsort

**Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach**

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

**17:00 Uhr - 18:55 Uhr**

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

**Sitzungsteilnehmer**  
Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

## **Tagesordnung**

### **Ö Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Die Situation von Kindern und Jugendlichen in der Pandemie – der Schnubbel e.V. stellt sich vor**
- 3 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 4 Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden**
- 5 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 6 Bericht über die Beschlüsse aus der letzten Sitzung  
0349/2022**

- 7 **Zusätzliche Investitionsförderung des Landes für Kindertagesstätten**  
*0363/2022*
- 8 **Sanierungszustand in Kindertagesstätten**  
*0369/2022*
- 9 **Sachstandsbericht Jugendförderung 2021**  
*0374/2022*
- 10 **Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt Bergisch Gladbach und dem Rheinisch Bergischen Kreis zur Wahrnehmung von Aufgaben der Eingliederungshilfe durch den Rheinisch Bergischen Kreis gemäß § 6, Abs. 1 Nr. 6 Sozialgesetzbuch Neun (SGB IX) in Verbindung mit § 5 Nr. 1, 2, 4, 5 SGB IX in den Fällen des § 14, Abs. 1 bis 3 SGB IX**  
*0376/2022*
- 11 **Förderung einer Sanierungsmaßnahme in der Kindertagesstätte "St. Josef", Pestalozzistraße 2b, 51427 Bergisch Gladbach**  
*0366/2022*
- 12 **Förderung einer Erweiterungsmaßnahme in der Kindertagesstätte Lehmpöhle, Karl-Philipp-Straße 18, 51429 Bergisch Gladbach.**  
*0423/2022*
- 13 **Förderung von Mehrkosten für die Erweiterung der Kindertagesstätte Zum Frieden Gottes, Martin-Luther-Straße 11, 51469 Bergisch Gladbach**  
*0434/2022*
- 14 **Stellenplan 2022; Aufhebung von Sperrvermerken**  
*0457/2022*
- 15 **Förderung einer Sanierungsmaßnahme in der Kindertagesstätte Lehmpöhle, Karl-Philipp-Straße 18, 51429 Bergisch Gladbach.**  
*0477/2022*
- 16 **Anträge der Fraktionen**
- 17 **Anfragen der Ausschussmitglieder**  
*0380/2022*

# Protokollierung

## Ö Öffentlicher Teil

### 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende, Frau Holz-Schöttler, eröffnet die 8. Sitzung des Jugendhilfeausschusses in der laufenden Wahlperiode und gibt die nicht anwesenden Ausschussmitglieder bekannt.

Entschuldigt fehlen Herr Köchling (AG Jugendhilfe), Herr Wirth (kath. Kirche), Frau Lehnert wird vertreten durch Herr Çoçü (CDU), Frau Schmitz und Frau Gebauer (AG Jugendhilfe), Herr Blunck und Frau Grabowski (Träger), Herr Kieper und Frau Bräuer (Arbeitsagentur), Herr Gürster (Polizei), Frau Zippelius-Rönz wird vertreten durch Frau Epbinder (Amtsgericht).

Sodann wird Frau Epbinder (Amtsgericht) unter Verlesung des Verpflichtungstextes in feierlicher Form als Mitglied im Jugendhilfeausschuss eingeführt und zu einer ordnungsgemäßen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben verpflichtet.

Anschließend stellt Frau Holz-Schöttler die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

### 2. Die Situation von Kindern und Jugendlichen in der Pandemie – der Schnubbel e.V. stellt sich vor

Der Schnubbel e.V. stellt seine Aktivitäten vor.

### 3. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird genehmigt.

### 4. Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden

Frau Holz-Schöttler teilt zunächst mit, dass die Vorlage „Förderung einer Sanierungsmaßnahme in der Kindertagesstätte Lehmhöhle [...]“, Ds-Nr. 0477/2022, als neuer TOP Ö15 in die Tagesordnung aufgenommen wird. Die darauffolgenden TOPs verschieben sich entsprechend nach hinten.

Dann weist sie auf die Tischvorlagen hin: TOP Ö10 (siehe Anlage 3 der Niederschrift), der neue TOP Ö15 (Anlage 4) sowie die Sitzungstermine des JHA für 2023 (Anlage 5).

Desweiteren teilt Frau Holz-Schöttler mit, dass Frau Hellwig (Verwaltung) in einem Interview der Fernsehsendung „Aktuelle Stunde“ zum Thema ‚Stillen und Wickeln in der Öffentlichkeit‘ zu sehen gewesen sei. Frau Hellwig berichtet kurz dazu.

Außerdem berichtet Frau Holz-Schöttler, dass das Bundesprogramm „Sprach-Kitas“ beendet werden solle. In Bergisch Gladbach gäbe es auch einige Sprach-Kitas. Sie bittet Frau Brala, welche sich viel im Bereich Sprach-Kitas engagiere, darum, den Sachverhalt genauer zu erläutern und aufzuzeigen, was die Ausschussmitglieder dafür tun könnten, damit das Projekt weitergeführt werden könne. Ein Infoblatt liegt als Tischvorlage vor (siehe Anlage 2 der Niederschrift).

Frau Brala erläutert, dass im Juli in einer Pressemitteilung veröffentlicht worden sei, dass das Bundesprogramm zum 31.12.2022 auslaufe. Im Koalitionsvertrag der Ampelregierung sei festgehalten worden, dass das Programm erweitert und verstetigt werden solle. Daher habe es natürlich einen großen Aufruhr gegeben bis hin zum Bundesrat, der einstimmig für die Weiterführung des Programms gestimmt hätte. Die Begründung für die Beendigung des Programms sei, dass dieses an die Länder überführt werden solle. Bundesprogramme seien grundsätzlich immer befristet und sollen den Ländern den Anreiz geben, erfolgreiche Programme fortzusetzen und diese auch gesetzlich zu verankern. Was man dabei nicht bedacht habe, ist dass die Finanzierung über das Kita-Qualitätsgesetz / Gute-Kita-Gesetz 2 erfolgen solle. Dieses trete aber erst ab 01.08.2023 in Kraft. Es entstehe also eine zeitliche Lücke. Diese Lücke würde die etablierten Strukturen zerstören, weil viele Fachkräfte abwandern würden. Das Programm habe bisher eine Sprach-Fachkraft mit einer halben Stelle in Höhe von 25.000 € finanziert, was nebenbei für die meisten Träger nicht auskömmlich war. Damit die Kündigung für diese Kräfte nun zum 01.01.2023 wirksam werde, müsse sie bereits zum 30.09.2022 ausgesprochen werden. Nach einer Debatte im Bundestag habe die Familienministerin eine Übergangslösung versprochen, Details stünden aber noch nicht fest. Frau Brala sei wichtig, dass schnell etwas unternommen werde, denn die Fachkräfte würden sonst abwandern. Ihr Träger hatte beispielsweise 15 Sprach-Fachkräfte, von denen bereits 13 abgewandert seien. Sie appelliere an die Ausschussmitglieder, alle ihre Kontakte im Bund und Land zu nutzen um eine schnelle Lösung herbeizuführen, die eigentlich bereits vor dem 30.09.2022 feststehen müsste.

## **5. Mitteilungen des Bürgermeisters**

Frau Hellwig (Verwaltung) teilt mit, dass es ein neues Beratungsangebot gebe für Kinder, die sexuelle Gewalt erleben mussten. Es konnten zwei Träger gewonnen werden, die katholische Beratungsstelle und der Kinderschutzbund. Ab dem 01.11.2022 werde die Beratungsstelle vollständig mit Fachkräften besetzt sein.

Desweiteren berichtet Frau Hellwig, dass sich bereits erste Kitas an das Jugendamt gewendet hätten, weil sie bei weiter steigenden Energiekosten diese nicht mehr aus den eigenen Betriebskosten decken könnten. Da die Stadt zahlreiche Bereiche habe, die mit höheren Energiekosten zu kämpfen hätten, können sie die finanziellen Bedarfe nicht aus dem städtischen Haushalt decken. Daher habe sich das Jugendamt umgehend an den LVR gewendet mit der Bitte um Unterstützung. Der LVR habe die Anfrage bereits an die zuständigen Ministerien weitergeleitet.

Herr Migenda (Verwaltung) teilt zur sozialräumlichen Netzwerkarbeit mit, dass die Verwaltung positive Entwicklungen sehe bei der Weiterfinanzierung der Projekte, welche bisher nur bis zum 31.07.2023 gesichert sei.

Herr Bertenrath (Vertreter der Schulen) bedankt sich zunächst für den Einsatz der Verwaltung. Er möchte darauf hinweisen, dass es viele Vereine gäbe, die Kitas betreuten, und die über nur einen kleinen Haushalt verfügten, welcher nun durch die steigenden Energiekosten gesprengt würde. Zum Ende des Jahres würden diese über keine finanziellen Mittel mehr verfügen.

Herr Droege (AG Jugendhilfe) teilt mit, dass die AG Jugendhilfe diesen Punkt auch unter „Anfragen der Ausschussmitglieder“ einbringen wollte. Er möchte darauf hinweisen, dass nicht nur Kitas, sondern alle Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe betroffen seien. Er bittet die Verwaltung darum, unterstützend das Thema in Angriff zu nehmen, um eine Lösung zu finden.

Außerdem möchte Herr Droege zur sozialräumlichen Netzwerkarbeit ergänzen, dass der Trägerverbund im Austausch mit der Stadt stehe, und sich einvernehmlich darauf geeinigt wurde, deutlich zu trennen zwischen der Schulsozialarbeit und der sozialen Netzwerkarbeit, damit beide Bereiche fachlich individuell gesteuert und auch die Finanzierungsfrage getrennt geregelt werden könne.

6. **Bericht über die Beschlüsse aus der letzten Sitzung**  
0349/2022

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

7. **Zusätzliche Investitionsförderung des Landes für Kindertagesstätten**  
0363/2022

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

8. **Sanierungszustand in Kindertagesstätten**  
0369/2022

Herr Dr. Symanzik (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) äußert, die Vorlage habe einen steigenden Sanierungsbedarf festgestellt, und möchte wissen, wie die Verwaltung nun damit weiter umgehen werde.

Frau Hellwig (Verwaltung) erläutert, die Vorlage sei entstanden, weil in den letzten Ausschusssitzungen immer wieder Vorlagen mit der Finanzierung von Sanierungsmaßnahmen in Kitas eingereicht worden seien. Daher wollte die Verwaltung den Ausschuss darüber informieren, in welchem Zustand die Kitas aktuell seien. Wie in der Vorlage zu sehen sei, habe die Verwaltung nicht erst für 2023 ein Sanierungsbudget in den Haushalt eingestellt, sondern mache das schon seit vielen Jahren. Außerdem möchte Frau Hellwig darauf hinweisen, dass die Träger der Kitas eigentümerähnlich agieren und immer wieder Sanierungen vornehmen würden. Daher müsse man nicht davon ausgehen, dass beispielsweise ein 26 Jahre altes Gebäude jetzt baufällig sei.

Herr Migenda (Verwaltung) äußert, dass die Beteiligungen der Stadt an Sanierungskosten weiter steigen würden, insbesondere mit Hinblick auf energetische und klimarelevante Maßnahmen. Mittelfristig müsse sich eine Strategie überlegt werden, wie weiter damit umgegangen werde. Dies ginge nur in Zusammenarbeit mit den Trägern. Herr Migenda betont, dass die Gebäude von den Trägern laufend instandgehalten würden. Aber irgendwann käme der Punkt, an dem eine grundlegende Sanierung anstehe. Hier bevorzuge Herr Migenda den Neubau, da dies nachhaltiger sei. Es stelle sich nicht nur die Frage nach der Finanzierung, sondern auch nach den Kapazitäten, die Sanierungsmaßnahmen umzusetzen. Seiner Meinung nach wäre es vorteilhaft, in Zusammenarbeit mit den Trägern eine Sanierungsstrategie zu entwickeln.

Frau Holz-Schöttler (SPD) möchte anmerken, dass die Träger bei Sanierungsbedarf erst ihre eigenen Rücklagen aufbrauchen. Nur wenn diese nicht mehr ausreichen, würden sie sich an die Stadt wenden.

9. **Sachstandsbericht Jugendförderung 2021**  
0374/2022

Herr Droege (AG Jugendhilfe) bedankt sich zunächst für den Bericht. Er schlägt vor, für den nächsten Bericht auch die digitale Kinder- und Jugendarbeit mit einzubeziehen.

Herr Holst (Inklusionsbeirat) äußert, dass der Bericht nichts zum Thema Inklusion enthalte. Das SGB VIII würde regeln, dass Einrichtungen die Zugänglichkeit und Nutzbarkeit der Angebote für junge Menschen mit Behinderungen sicherstellen sollten. Er möchte wissen, ob im Bericht nächstes Jahr die Einrichtungen abgefragt werden könnten, welche Maßnahmen sie umgesetzt hätten, und wie das Jugendamt die Zugänglichkeit und Nutzbarkeit sicherstellen könnte.

Frau Sussenburger (Verwaltung) antwortet, dass jahrelang eine Abfrage über die Zahl der Besucher mit Behinderungen erfolgt sei, nun aber das Land diesen Bereich bei der Umfrage nicht mehr erhebt. Der Einfachheit halber hätte die Verwaltung diese Abfrage auch aus dem

Qualitätsdialog gestrichen, da sie die Zahlen nicht mehr ans Land berichten müssten. Wenn die Abfrage jedoch wieder gewünscht werde, könne die Verwaltung diese wieder aufnehmen. Außerdem habe die Planungsgruppe ‚Offene Kinder und Jugendarbeit‘ beschlossen, sich intensiv dem Thema Inklusion zu widmen.

Herr Holst meint, dass durch die Umfrage die Einrichtungen für das Thema auch sensibilisiert würden.

Herr Droege merkt an, Inklusion bedeute, für alle Menschen da zu sein, egal ob mit oder ohne Behinderungen, Einschränkungen etc. Es sei inzwischen schwierig, eine Grenze zu ziehen, denn es gäbe auch Menschen, die kein offensichtliches Handicap hätten, aber beispielsweise Verhaltensauffälligkeiten oder kulturelle Hinderungen aufweisen. Das SGB VIII regle zwar die Inklusion, gebe aber keine Antworten darauf, welche Ressourcen notwendig seien, um überhaupt ein inklusives Angebot gewährleisten zu können. Es sei aber wichtig, dass die Jugendhilfe sich mit der Umsetzung der Inklusion befasse.

Frau Sussenburger ergänzt, das Land habe die Abfrage eingestellt, weil es sich um Schätzwerte gehandelt habe, denn die Einrichtungen würden die Besucher beispielsweise nicht konkret danach fragen, ob sie Handicaps hätten. Es hätte sich nur um subjektive Einschätzungen der Einrichtungen gehandelt.

Herr Schäfer (Bund der kath. Jugend) meint, dass es Herrn Holst nicht um die Zahlen ginge, sondern um die inhaltliche Umsetzung der Inklusion in den Einrichtungen.

**10. Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt Bergisch Gladbach und dem Rheinisch Bergischen Kreis zur Wahrnehmung von Aufgaben der Eingliederungshilfe durch den Rheinisch Bergischen Kreis gemäß § 6, Abs. 1 Nr. 6 Sozialgesetzbuch Neun (SGB IX) in Verbindung mit § 5 Nr. 1, 2, 4, 5 SGB IX in den Fällen des § 14, Abs. 1 bis 3 SGB IX**  
0376/2022

Der Jugendhilfeausschuss fasst ohne weitere Aussprache folgenden

**Beschluss:** (einstimmig)

Der Rat stimmt dem Abschluss der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Wahrnehmung von einzelnen Aufgaben der Eingliederungshilfe in den Fällen des § 14, Abs. 1 bis 3 Sozialgesetzbuch neun durch den Rheinisch-Bergischen Kreis zu.

**11. Förderung einer Sanierungsmaßnahme in der Kindertagesstätte "St. Josef", Pestalozzistraße 2b, 51427 Bergisch Gladbach**  
0366/2022

Herr Dr. Symanzik (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) äußert, in der letzten Sitzung sei besprochen worden, eine Arbeitsgruppe einzurichten, um Ideen zu sammeln, wie Nachhaltigkeit bei Baumaßnahmen besser umgesetzt werden könne. Er möchte wissen, ob die Arbeitsgruppe bereits existiere und wie das Thema zukünftig eingebunden werde.

Frau Liebmann (Verwaltung) antwortet, dass die Gruppe noch nicht stattgefunden habe. Mit dem einen oder anderen Träger wurde das Thema aber bereits angesprochen. Geplant sei, das Thema in der Planungsgruppe ‚Kindertagesstätten‘ aufzugreifen. Außerdem fände im Oktober ein Termin mit den Fachberatungen der Träger statt, wo es um Qualität und Zusammenarbeit ginge. Dort soll das Thema auch besprochen werden. Für die nächsten Sanierungsmaßnahmen werde es noch keine Leitlinien/Empfehlungen geben, an denen man sich orientieren könne, denn diese müssen erst erstellt werden. Die Verwaltung bleibe aber an dem Thema dran.

Herr Migenda (Verwaltung) ergänzt, dass er bei geplanten Vorhaben immer nachfrage, ob davon energetische Maßnahmen betroffen seien. Falls ja, würde die Verwaltung zunächst ein Konzept anfordern. In der vorliegenden Vorlage sind keine energetischen Maßnahmen betroffen. Aber natürlich sollten die verwendeten Materialien zumindest keine kritischen Stoffe enthalten.

Frau Liebmann möchte darauf hinweisen, dass die Verwaltung nur Empfehlungen aussprechen und gemeinsam mit den Trägern Leitlinien erarbeiten könne. Sie könne aber nicht in die Träger-Autonomie eingreifen und die Träger dazu zwingen, eine bestimmte Maßnahme umzusetzen.

Herr Hildner (Diakonie) äußert, die Evangelische Kirche als Träger habe beschlossen, dass alle ihre Gebäude bis 2035 klimaneutral werden.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

**Beschluss:** (einstimmig)

Der St. Vinzenz Pallotti Stiftung wird gemäß Antrag für die Sanierungsmaßnahme des Bistros/ Flurs in der Kindertagesstätte „St. Josef“, Pestalozzistr. 2b, ein Investitionskostenzuschuss in Höhe von 43.677,42 € (95%) gewährt.

**12. Förderung einer Erweiterungsmaßnahme in der Kindertagesstätte Lehpöhle, Karl-Philipp-Straße 18, 51429 Bergisch Gladbach.**  
0423/2022

Herr Dr. Symanzik (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) möchte wissen, ab wann die Gruppe aufgemacht werde. Außerdem möchte er generell wissen, wie viele Gruppen leider aufgrund von Fachkräftemangel schließen mussten.

Frau Hellwig (Verwaltung) antwortet, die Gruppe habe schon aufgemacht.

Frau Liebmann (Verwaltung) ergänzt, dass Gruppen laufend schließen und wieder öffnen, sodass man die Zahl täglich aktualisieren müsse. Die höchste Zahl sei mal 4-5 Gruppen gewesen.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

**Beschluss:** (einstimmig)

Der Fröbel Bildung und Erziehung gGmbH wird antragsgemäß für die Erweiterung um eine Gruppe in der Kindertagesstätte „Lehpöhle“ ein Investitionskostenzuschuss in Höhe von 30.979,71 € (100%) gewährt.

**13. Förderung von Mehrkosten für die Erweiterung der Kindertagesstätte Zum Frieden Gottes, Martin-Luther-Straße 11, 51469 Bergisch Gladbach**  
0434/2022

Frau Hellwig (Verwaltung) teilt mit, der Kämmerer habe bei Mitzeichnung der Vorlage darauf hingewiesen, dass eine freiwillige Erhöhung des Eigenanteils aus seiner Sicht keine Dauerlösung sein könne und bei der angespannten Haushaltslage nicht dauerhaft leistbar sei. Aus seiner Sicht solle es eine Ausnahme bleiben. Frau Hellwig versichert aber, die Verwaltung würde bei jedem Fall einzeln prüfen, ob eine Ausnahme notwendig sei oder nicht.

Herr Cremer (AfD) äußert, dass in der Vorlage die Rede von energetischen Maßnahmen sei. Er möchte wissen, welche energetischen Maßnahmen geplant, und wie hoch die Mehrkosten seien, sollten diese umgesetzt werden.

Frau Hellwig antwortet, dass es sich hier um einen Anbau an eine bestehende Kita handle, und man die bereits vorhandenen Begebenheiten mitberücksichtigen müsse.

Herr Migenda (Verwaltung) ergänzt, dass er nachgefragt habe, ob ein Gründach bzw. PV-Dach installiert werden könne. Die Verwaltung könne das nicht vorschreiben, aber im Austausch mit dem Träger können verschiedene Möglichkeiten erörtert werden. Er ist zuversichtlich, dass der Träger den Vorschlag umsetzen werde, weil er dadurch langfristig Geld spare. Herr Migenda werde eventuell noch eine Antwort nachverfassen.

Herr Cremer fragt, ob bei Neuerrichtung des Anbaus dann auch der bisher vorhandene Gebäudeanteil modernisiert werden müsse.

Herr Migenda antwortet, dass dies davon abhängig sei, wie groß die Verhältnismäßigkeit der Größe der verschiedenen Bauteile sei. Beispielsweise könne man nicht bei einem kleinen Anbau an ein großes Gebäude verlangen, dass dieses komplett modernisiert würde. Das alte Gebäude würde Bestandsschutz genießen. Dies sei in der Bauordnung geregelt.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

**Beschluss:** (einstimmig)

1. Der Ev. Kirchengemeinde Bergisch Gladbach wird antragsgemäß unter Vorbehalt der baufachlichen Prüfung für die Mehrkosten bei der Erweiterung in der Kindertagesstätte „Zum Frieden Gottes“ ein Investitionskostenzuschuss in Höhe von 182.259,00 € (99%) gewährt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Träger zu erörtern, ob und welche regenerativen und energetischen Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Bauvorhaben umgesetzt werden können.

#### **14. Stellenplan 2022; Aufhebung von Sperrvermerken** *0457/2022*

Herr Klaas (SPD) schlägt folgende Ergänzung des Beschlussvorschlags vor: Zur weiteren Entlastung des Sozialbereichs soll eine unabhängige Organisations- und Prozessoptimierungsuntersuchung durchgeführt werden, um den Fachbereich zu entlasten.

Dazu erläutert Herr Klaas, die Koalition sei der Meinung, dass in den nächsten Jahren noch weitere Aufgaben auf den Fachbereich zukämen. So müsse man nicht nur neue Stellen schaffen, sondern auch die Prozesse optimieren, um weiteren Platz für die neuen Aufgaben zu schaffen.

Herr Eschbach (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) schlägt eine weitere Ergänzung des Beschlussvorschlags vor: Die Verwaltung wird darum gebeten, bis zur Sitzung am 09.03.2023 erste Handlungsansätze dieser Untersuchung vorzustellen, sofern möglich.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden **geänderten**

**Beschluss:** (einstimmig)

Die im Stellenplan 2022 angebrachten Sperrvermerke für die neuen Stellen

- 5-51 - SG Allgemeiner Sozialer Dienst / Bezirkssozialarbeit (8,0)
- 5-51 - Sachgebietsleitung Bezirkssozialarbeit (1,0) und
- 5-515 - Sachbearbeitung Wirtschaftliche Jugendhilfe (1,0)



werden aufgehoben.

**Zur weiteren Entlastung des Sozialbereichs soll eine unabhängige Organisations- und Prozessoptimierungsuntersuchung durchgeführt werden, um den Fachbereich zu entlasten.**

**Die Verwaltung wird darum gebeten, bis zur Sitzung am 09.03.2023 erste Handlungsansätze dieser Untersuchung vorzustellen, sofern möglich.**

**15. Förderung einer Sanierungsmaßnahme in der Kindertagesstätte Lehpöhle, Karl-Philipp-Straße 18, 51429 Bergisch Gladbach.**  
0477/2022

*[Anmerkung der Schriftführung: Diese Vorlage wurde als TOP Ö15 neu in die Tagesordnung aufgenommen.]*

Frau Hellwig (Verwaltung) erläutert, dass der Kämmerer die Vorlage auch geprüft und folgende Stellungnahme verfasst hat:

„Mitgezeichnet mit der nachdrücklichen Bitte, vergleichbar einem Baukostencontrolling die Kostenentwicklung nachzuhalten und bei Bedarf sehr kritisch zu hinterfragen. Ansatz soll vergleichbar oder auf Basis einer Stoff-Preis-Leitklausel vom Träger/Bauherrn die Unabweisbarkeit der Kostensteigerung, und der Versuch etwaiger Kostenkompensationen, z.B. durch Verringerung des Bau-Solls nachgewiesen werden. Bei den 20% handelt es sich um eine absolute Obergrenze, die bei angemessener Darlegungslast ausgeschöpft werden kann, aber nicht muss. Es ist der, auch sicherlich fehlerhafte, Eindruck einer Persilschein-Erteilung zu vermeiden.“

Herr Klaas (SPD) bittet darum, dass bei Vorlagen, welche schon einmal in vergangenen Sitzungen eingebracht wurden, neue Änderungen entsprechend markiert werden.

Der Jugendhilfeausschuss fasst folgenden

**Beschluss:** (einstimmig)

Der Fröbel Bildung und Erziehung gGmbH wird antragsgemäß für die Sanierungsmaßnahme des Außengeländes in der Kindertagesstätte „Lehpöhle“ ein Investitionskostenzuschuss in Höhe von 142.563,50 € (100%) gewährt. Bestandteil des Beschlusses sind auch etwaige Mehrkosten bis zu 20 % der mit diesem Beschluss bewilligten Investitionskosten, die durch Baukostensteigerungen und eine baumschützende Umsetzung der Planung ausgelöst werden können. Die Verwaltung wird ermächtigt, diese Mittel ohne einen weiteren Beschluss des Jugendhilfeausschusses zu bewilligen.

**16. Anträge der Fraktionen**

*[Anmerkung der Schriftführung: Diese Vorlage hat sich durch Einschiebung eines neuen TOPS von Ö15 auf Ö16 verschoben.]*

Es liegen keine Anträge vor.

**17. Anfragen der Ausschussmitglieder**  
0380/2022

*[Anmerkung der Schriftführung: Diese Vorlage hat sich durch Einschiebung eines neuen TOPS von Ö16 auf Ö17 verschoben.]*

Herr Dr. Symanzik (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) bedankt sich zunächst für die Beantwortung seiner Anfrage aus der letzten Sitzung.

In der Antwort sei unter anderem gesagt worden, dass die Verwaltung einmal jährlich auf die Widerspruchsmöglichkeit mittels einer Bekanntmachung hinweise. Er möchte wissen, wo der Hinweis veröffentlicht werde, da Bekanntmachungen für gewöhnlich im Amtsblatt erscheinen, welches Jugendliche nicht lesen würden. Herr Dr. Symanzik schlägt vor, die Bekanntmachung dort zu veröffentlichen, wo sie auch Jugendliche erreiche, beispielsweise auf der Homepage der Stadt Bergisch Gladbach oder in der Presse.

Außerdem sei in der Antwort gesagt worden, dass Jugendliche bei der Anmeldung auf die Widerspruchsmöglichkeit hingewiesen werden würden. Herr Dr. Symanzik schlägt vor, dass Jugendliche bei jeglichen Meldeangelegenheiten darauf hingewiesen werden. Dies würde in der Stadt Bonn so gemacht werden.

Herr Migenda (Verwaltung) antwortet, dass die Verwaltung die Vorschläge prüfen werde.

Frau Forster (Kreativitätsschule) schlägt vor, das Thema über den Arbeitskreis ‚Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen‘ publik zu machen. Dieser hätte einen direkten Kontakt zu den Jugendlichen.

Herr Cremer (AfD) möchte in Anlehnung an die Vorlage TOP Ö8 (Sanierungszustand in Kindertagesstätten) wissen, ob die Verwaltung ein Ranking erstellen könne, für welche Kitas welche Investitionskosten für Sanierungen notwendig seien, inklusive eines Zeitplans, wann diese vorgenommen werden müssten. Im Ausschuss für Schule und Gebäudewirtschaft sei dies auch für die Schulgebäude gemacht worden.

Herr Migenda (Verwaltung) erläutert, dass die Kitas in Bergisch Gladbach in den Händen von Trägern, und nicht von der Verwaltung, lägen. Daher könne die Stadt kein Investitionsranking erstellen. Wie Herr Migenda zu einem vorherigen TOP ausgeführt habe, könnten gemeinsam mit den Trägern Begehungen der Kitas durchgeführt werden, um den voraussichtlichen Investitionsbedarf festzustellen. Dies läge aber in der Zuständigkeit der Träger. Natürlich könnte die Stadt die festgestellten Zahlen dafür nutzen, die Höhe der eigenen voraussichtlichen Kostenbeteiligungen hochzurechnen. Herr Migenda warne aber davor, dass die Stadt zu viele Aufgaben an sich heranziehe. Er ist der Meinung, dass die Politik nicht über eine Prioritätenliste entscheiden könne, welche in der Zuständigkeit der freien Träger liege.

Herr Hildner (Diakonisches Werk) merkt an, dass zumindest die Einrichtungen der evangelischen Kirche verpflichtet seien, für alle Gebäude jährliche Begehungen zu machen. Wenn größere Maßnahmen erforderlich seien, würden diese zunächst aus eigenen Rücklagen finanziert werden. Nur wenn dies nicht möglich sei, würden sich die Träger an die Stadt wenden. Außerdem würden die Träger ihre Gebäude grundsätzlich laufend in Schuss halten, damit es gar nicht erst zu größeren Maßnahmen käme.

---

gez. Holz-Schöttler  
(Vorsitzende)

---

gez. Tomechna  
(Schriftführung)